

**abgeschlossen am
23. Januar 2001**

(mit Sach- und Personenregister 2000)

| | <u>Seite</u> |
|--|--------------|
| 1. Bilanz der 2. Sitzungsperiode des 106. Congress: Parteipolitisches Tauziehen und Stillstand | 1 |
| 2. Das Programm der 1. Sitzungsperiode des 107. Congress: Kooperationszwang und Konkurrenzdruck | 4 |
| 3. Neue Ausschussvorsitzende im Repräsentantenhaus | 7 |
| 4. Breite Zustimmung zu Bushs Kabinettvorschlägen im Senat | 9 |

1/2001

0. Der 107. Congress hat seine Arbeit am 3. Januar 2001 mit der Amtseinführung seiner Mitglieder begonnen.

1. Bilanz der 2. Sitzungsperiode des 106. Congress: Parteipolitisches Tauziehen und Stillstand

Die zweite Sitzungsperiode des 106. Congress stand im Zeichen fortgesetzter parteipolitischer Polarisierung zwischen Congress und Präsident. Zwar konnte sich Clinton nach Berechnungen von Congressional Quarterly (CQ) im Jahr 2000 mit immerhin 55% der Gesetzesvorlagen, zu denen er eine Position bezogen hatte, im Congress durchsetzen. Das im Vergleich zu 1999 (37,8%) deutlich bessere quantitative Ergebnis (vgl. CR 1/2000, S. 3) ist jedoch mit Vorsicht zu betrachten und erlaubt nur bedingt Aussagen über das Durchsetzungsvermögen des Präsidenten.

Clintons höhere statistische Durchsetzungsrate vor allem gegenüber den Republikanern im Jahr 2000 beruht vor allem darauf, dass er sich im Senat mit 65% der von ihm befürworteten Vorlagen durchsetzen konnte. Hier wurden von CQ insgesamt 40 Abstimmungen zu Rate gezogen, von denen jedoch überproportional viele, nämlich 17 Entscheidungen, die Nominierung von Bundesrichtern und hohen Bundesbeamten betreffen. Diese waren jedoch in der Regel - wie die Bestätigung von Alan Greenspan als Chef der US-Notenbank (vgl. CR 2/2000, S. 5) - zwischen der Legislative und der Exekutive wenig umstritten.

Nimmt man diese Abstimmungen aus der Berechnung der Erfolgsrate Präsident Clintons gegenüber dem Senat heraus, dann entsteht ein anderes Bild. Statt mit 65% konnte sich Clinton dann nur noch mit 39,1% seiner Gesetzesvorlagen im Senat durchsetzen. Das entspricht in etwa jener Durchsetzungsrate von 42%, die Clinton 1999 gegenüber dem Senat hatte.

Die im Vergleich zu 1999 höhere Durchsetzungsrate Präsident Clintons in seinem letzten Amtsjahr ist also in gewissem Grade irreführend. Clinton konnte sich nämlich gegenüber dem Senat, sieht man von den 17 *nomination votes* ab, in der Innenpolitik nur in fünf von insgesamt fünfzehn von CQ untersuchten Abstimmungen durchsetzen. In der Wirtschafts- und Handelspolitik siegte der Präsident nur in zwei von insgesamt fünf Abstimmungen. In der Sicherheits- und Außenpolitik standen einer Niederlage zwei Siege gegenüber.

Im Repräsentantenhaus konnte sich der Präsident in seinem letzten Amtsjahr nur in 18 der 37 von CQ untersuchten Abstimmungen zur Innenpolitik durchsetzen. In der Wirtschafts- und Handelspolitik standen 12 Abstimmungserfolgen 10 Niederlagen des Präsidenten gegenüber. Im Bereich der Sicherheits- und Außenpolitik obsiegte Clinton im Repräsentantenhaus in zehn von CQ analysierten Abstimmungen gerade viermal.

Mit Blick auf die Novemberwahlen waren beide Seiten einerseits darum bemüht, ihre Kompromissbereitschaft zu betonen, um sich nicht dem Vorwurf der Obstruktion auszusetzen. Andererseits gingen sie aber auch einem direkten Kräftemessen nicht aus dem Weg, was sich vor allem auf den Haushaltsbewilligungsprozess niederschlug, der erst nach 22 Überbrückungshaushalten (*continuing resolutions*) im Dezember abgeschlossen werden konnte.

In diesem Zusammenhang verabschiedete der Congress neue Ausgabenobergrenzen für den Bereich des *discretionary spending* (vgl. CR 12/2000, S. 6), die im Rahmen des *Balanced Budget Act* von 1997 (vgl. CR 5/1997, S. 1) ursprünglich auf 541 Mrd. USD für 2001 beschränkt worden waren. Davon profitierte vor allem der Erziehungssektor, wo Clinton Ausgabensteigerungen in Höhe von 17% durchsetzen konnte.

Darüber hinaus gingen die Republikaner im Congress allerdings allen Kompromissbeteuerungen zum Trotz in der Innenpolitik wichtigen anstehenden Entscheidungen aus dem Weg.

Nach der Vertagung der Inangriffnahme einer strukturellen Reorganisation der Rentenversicherung (*Social Security*) wie der Krankenversicherung des Bundes für Senioren und chronisch Kranke (*Medicare*) schon zu Ende der ersten Sitzungsperiode (vgl. CR 12/2000, S. 1) hat der Congress im zurückliegenden Jahr auch eine Reihe von Reformen mittlerer und kleiner Reichweite aufgeschoben. Obwohl Demokraten wie Republikaner wiederholt ihre Kompromissbereitschaft betont haben und einzelne Gesetzesvorlagen in jeweils einer der beiden Kammern verabschiedet worden sind, bleibt die Bilanz der Ergebnisse bemerkenswert schwach.

Ergebnislos verliefen insbesondere die intensiven Bemühungen um die Einführung einer Zusatzversicherung für Medikamente (*Medigap Insurance*), die eine angesichts stark steigender Kosten schmerzliche Leistungslücke im Medicare-System schließen soll (vgl. CR 9/2000, S. 4). Doch eine Vermittlung zwischen den demokratischen Vorstellungen, eine Zusatzversicherung unter Medicare einzuführen, und den von den Republikanern favorisierten Optionen, durch Bundeszuschüsse die Versicherung über den privaten Markt oder die Einzelstaaten zu gewährleisten, ist nicht gelungen. Der Versuch, durch die Wiedereinführung von Reimporten von Medikamenten wenigstens eine kostendämpfende Zwischenlösung zu bieten, ist an Sicherheitsbedenken des Gesundheitsministeriums gescheitert (vgl. CR 10/2000, S. 7).

Auch die erneuten Versuche, in der Frage der Regulierung der Leistungen von *Managed Care Organizations* (MCOs), den Anbietern von integrierten Krankenversicherungs- und Gesundheitsversorgungsleistungen, doch noch einen Kompromiss zur Stärkung der Rechte von Patienten und Ärzten (*Patient Bill of Rights*) auszuarbeiten, scheiterten im Sommer 2000 an dem hinhaltenden Widerstand einer Mehrheit der Republikaner im Senat (vgl. CR 6-7/2000, S. 6). Umstritten blieb vor allem die Durchsetzung zusätzlicher Rechte der Patienten über die Bundesgerichte. Aus konservativer Sicht lässt dieser, von den Reformbefürwortern favorisierte

Lösungsansatz eine Prozesslawine und erhebliche Kostensteigerungen befürchten. Der Gegenvorschlag, strittige Therapieentscheidungen neu einzurichtenden Schiedsstellen zu übertragen, die mit Vertretern der Versicherungen, Ärzten und Versicherten besetzt werden, halten demgegenüber die Reformbefürworter für unzureichend.

Selbst die zwischen den Parteien ausgehandelte Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns um 1 USD auf 6,15 USD (vgl. CR 3/2000, S. 3) ist daran gescheitert, dass die von den Republikanern im Gegenzug geforderten Steuererleichterungen Präsident Clinton wie den Demokraten im Congress zu hoch erschienen. Damit bleibt die im Zuge der Haushaltsbewilligung verabschiedete Wiederanhebung der Leistungsvergütungen für Krankenhäuser und Ärzte unter Medicare die einzige nennenswerte Entscheidung in der Sozial- und Gesundheitspolitik.

Die Verzögerungstaktik der Republikaner zeigte sich auch mit Blick auf

- die weitere Einschränkung von Waffenverkäufen im Rahmen der so genannten *Juvenile Justice Bill*
- sowie die Reform der Wahlkampffinanzierung. Hier wurde zwar eine Vorlage verabschiedet, die auch steuerbefreite Organisationen zur Offenlegung ihrer Spendengeber verpflichtet (vgl. CR 6-7/2000, S. 7). Einer grundlegenden Reform, wie sie von den Senatoren John McCain (R-Ariz.) und Russell D. Feingold (D-Wis.) seit langem gefordert wird, ging der Congress jedoch erneut aus dem Weg.

In der Steuerpolitik verabschiedeten die Republikaner eine Initiative zur Senkung der Schenkungssteuer (vgl. CR 6-7/2000, S. 5), die allerdings am Veto Präsident Clintons scheiterte. Mit Blick auf ein umfassendes Steuersenkungsgesetz, das sie zwar forcierten, dann aber kurz vor den Novemberwahlen doch auf Eis legten (vgl. CR 12/2000, S. 10), verfolgten sie offensichtlich die Strategie, die Öffentlichkeit einerseits programmatisch zu sensibilisieren, andererseits dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten George W. Bush nicht die Hände zu binden.

In der Außenpolitik

- konnte sich Präsident Clinton in der Frage der Normalisierung der Handelsbeziehungen mit der Volksrepublik China (Permanent Normal Trade Relations, PNTR) durchsetzen (vgl. CR 5/2000, S. 1; CR 9/2000, S. 1). Dabei waren es vor allem die Republikaner und moderate Demokraten, die PNTR unterstützten. Massiver Widerstand kam dagegen vom gewerkschaftsnahen Flügel der Demokraten im Repräsentantenhaus, der sich unter Führung von *House Minority Whip* David E. Bonior gegen die Handelsnormalisierung stark machte. Clinton konnte sich am Ende nach einer massiven Überzeugungskampagne, die auch die Unterstützung der amerikanischen Großindustrie und des Agrobusiness hatte, überraschend deutlich durchsetzen.

- hat die Kritik der Republikaner am Peacekeeping-Einsatz der USA im Kosovo zugenommen. Ein entsprechender Zusatz zur *Defense Authorization Bill*, der den Abzug der amerikanischen Truppen vorbehaltlich einer größeren Lastenübernahme durch die europäischen Verbündeten bis zum 1. April 2001 verfügt hätte, wurde von der Mehrheit der Republikaner (und fast einem Drittel der Demokraten) im Repräsentantenhaus verabschiedet. Er stieß jedoch auf Widerstand im Senat (vgl. auch CR 5/2000, S. 3).

Mit Blick auf den Verteidigungshaushalt setzten die Republikaner ihren Aufrüstungskurs fort und bewilligten für das Haushaltsjahr 2001 5,1 Mrd. USD mehr als die Administration ursprünglich verlangt hatte (vgl. CR 8/2000, S. 3). Präsident Clinton ging hier einem Kräftemessen aus dem Weg, wohl auch, um seinen Vizepräsidenten und demokratischen Präsidentschaftsbewerber Al Gore nicht als „soft on defense“ erscheinen zu lassen. Vor allem George W. Bushs *running mate* Dick Cheney war im Wahlkampf nicht müde geworden, die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte in Frage zu stellen und die Rüstungspolitik der Clinton-Administration scharf zu kritisieren.

Gerade die Rüstungspolitik unterstreicht, wie sehr die 2. Sitzungsperiode des 106. Congress im Zeichen von *presidential politics* stand. Dabei suchten sich die republikanischen Fraktionsspitzen beider Kammern als kompromissbereit darzustellen, wiewohl sie faktisch mit Ausnahme der Handelsnormalisierung mit China und der Erziehungspolitik einen harten Abgrenzungskurs gegenüber Clinton steuerten, auch wenn dies bedeutete, dass dringend anstehende Reformvorhaben auf die nächste Legislaturperiode vertagt werden mussten. Freilich schwang dabei die Hoffnung auf einen republikanischen Wahlsieg in den Präsidentschafts- und Congress-Wahlen mit. Der hat sich zwar eingestellt, allerdings nicht zu jenem eindeutigen politischen Mandat und jenen klaren Mehrheiten geführt, auf die die Republikaner abzielten.

2. Das Programm der 1. Sitzungsperiode des 107. Congress: Kooperationszwang und Konkurrenzdruck

Die Gesetzgebungsagenda des 107. Congress steht unter den Vorzeichen des prekären Wahlsiegs Präsident George W. Bushs über den früheren demokratischen Vizepräsidenten Al Gore und dem knappen Ausgang der Congress-Wahlen (vgl. CR 11/2000 und 12/2000, S. 1). Da es Bush nicht gelungen ist, bundesweit mehr Stimmen zu gewinnen als Gore, tritt er das Präsidentenamt ohne klares politisches Mandat an.

Präsident Bush hat bereits im Dezember 2000 deutlich gemacht, dass er seine im Wahlkampf angekündigten Gesetzgebungsvorhaben dennoch ohne Abstriche im Congress einbringen will. Während Bush damit den Erwartungen seiner Partei und wichtiger Teile seiner Wählerschaft entgegenkommt, riskiert diese Vorgehensweise eine weitere Verhärtung der zwischenparteilichen Fronten. Die politische Polarisierung

zwischen den Parteien hat in den USA seit den 1980er Jahren merklich zugenommen und im Congress wiederholt zu harten politischen wie persönlichen Konflikten wie dem Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Clinton geführt. Die Auseinandersetzungen um den Ausgang der Präsidentschaftswahlen haben das wechselseitige Misstrauen noch erhöht.

Das in zentralen Punkten auf die politische Mitte orientierte, reformkonservative Wahlprogramm des neuen Präsidenten bietet jedoch auch Ansatzpunkte für eine Kooperation mit den Demokraten. Insbesondere Bushs Bereitschaft, in der Bildungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik zusätzliche Mittel für die Lösung drängender Probleme bereitzustellen, eröffnet Spielräume für zwischenparteiliche Kompromisse (vgl. CR 6-7/2000, S. 10). Wenngleich gerade die Erfahrungen des 106. Kongresses zeigen, dass die Aushandlung von Regelungen und Programmen, die von beiden Parteien mitgetragen werden können, selbst bei grundsätzlicher Einigkeit über die Ziele schwierig bleibt (vgl. Punkt 1), haben nun die Republikaner als Partei des Präsidenten ein gesteigertes Interesse, den Gesetzgebungsprozess nicht ins Stocken zu bringen.

Innenpolitisch sollen nach den Verlautbarungen der Administration in der ersten Sitzungsperiode des 107. Congress Initiativen in der Bildungs-, Gesundheits- und Steuerpolitik höchste Priorität erhalten. Schon in den kommenden Tagen will der Präsident beginnen, detaillierte Vorschläge zur Gesetzgebung vorzulegen:

- In der Bildungspolitik sollen die bisherigen Bundeszuschüsse an die Einzelstaaten erhöht und zu einem großen Teil in Globalzuweisungen für bestimmte Aufgabenbereiche zusammengefasst werden, die ohne nähere Auflagen verausgabt werden können; im Gegenzug sollen die Einzelstaaten standardisierten Tests und ergebnisorientierten Bonus- bzw. Strafzahlungen zustimmen. Umstritten sind vor allem die vorgesehenen Gutscheine (*vouchers*) in einer Höhe von bis zu 1.500 USD für Schüler, die in andere öffentliche oder private Schulen wechseln wollen. Dadurch soll ein Anreiz zum Wettbewerb zwischen den Schulen geschaffen werden.

- In der Steuerpolitik will Bush an seinem umfangreichen Steuersenkungspaket festhalten, das über einen Zeitraum von 10 Jahren Entlastungen von ca. 1.600 Milliarden USD vorsieht; die Steuerkürzungen sollen dabei vorgezogen werden, um der sich abzeichnenden Abschwächung der Wachstumsdynamik entgegenwirken zu können. Die Einwände konzentrieren sich vor allem auf das hohe Gesamtvolumen der Reform wie die überproportionale Entlastung der oberen Einkommensgruppen.

- In der Gesundheitspolitik zielt die Administration mit der Einführung eines Programms, das den Einzelstaaten Zuschüsse für die Einrichtung von Zusatzversicherungen für einkommensschwache Senioren gibt, auf einen schnellen Gesetzgebungserfolg. Die Demokraten favorisieren jedoch eine Zusatzversicherung unter Medicare, die allen Versicherten offen steht. Mitglieder des Congress aus beiden Parteien haben der Administration bereits signalisiert, dass es keine Mehrheiten für ihren Vorschlag gibt.

Längere Vorbereitungsfristen sind demgegenüber für den vorgesehenen Ausbau der Subventionen für die private Krankenversicherung, die Pläne zur Teilprivatisierung der Rentenversicherung sowie eine Strukturreform der Krankenversicherung für Senioren und chronisch Kranke (Medicare) vorgesehen.

In der Außen- und Sicherheitspolitik dürfte neben Steigerungen der Rüstungsausgaben die Stationierung eines landesweiten Raketenabwehrsystems im Vordergrund stehen, gegen die nicht nur Russland aus Sorge um den ABM-Vertrag, sondern auch die europäischen Verbündeten mit Blick auf die amerikanischen Sicherheitsgarantien Bedenken angemeldet haben.

In der Außenhandelspolitik muss Bush versuchen, das sogenannte fast track-Verhandlungsmandat für Handelsverträge zu erneuern, das 1994 ausgelaufen ist. Die Erneuerung des Schnellverfahrens war 1997 und 1998 am Widerstand des gewerkschaftsnahen Flügels der Demokraten im Repräsentantenhaus gescheitert.

Gegen den von Bush angemeldeten Führungsanspruch in der Gesetzgebung halten die Demokraten an ihren eigenen Prioritäten und Konzepten fest, für die sie unter Verweis auf das Stimmergebnis Al Gores eine Wählermehrheit reklamieren. Damit kommen nicht nur konkurrierende Lösungsvorschläge ins Spiel, sondern auch zusätzliche Themen wie die Regulierung der Leistungen der privaten Krankenversicherungen (*Patient Bill of Rights*, vgl. Punkt 1) und die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns.

Die Senatoren John McCain (R-Ariz.) und Russell Feingold (D-Wis.) haben zudem angekündigt, auf eine erneute Beratung ihres Vorschlags zur Reform der Wahlkampffinanzierung drängen zu wollen, die insbesondere ein Verbot von unregulierten Umwegspenden über die Parteien (*soft money contributions*) vorsieht. Die Veränderung der Sitzverteilung im Senat, in dem die Reform zuletzt an einem republikanischen *filibuster* gescheitert ist (vgl. CR 6-7/2000, S. 7), verbessert die Chancen für eine Verabschiedung im 107. Congress erheblich. Die Debatte der Vorlage noch im Frühjahr 2001 wollen sie gegebenenfalls mit eigenen Obstruktionsmanövern erzwingen.

Für die anlaufende Sitzungsperiode zeichnet sich damit schon jetzt ein dicht gedrängter Termin- und Themenkalender ab, der in einer Reihe wichtiger wie kontroverser Fragen zeitaufwendige Verhandlungen erwarten lässt. Während gegenwärtig Bekundungen der Bereitschaft zur Zusammenarbeit die öffentlichen Statements bestimmen, positionieren sich die Parteien zugleich für die kommenden Auseinandersetzungen. Für die Bush-Administration wie die Parteien im Congress bleibt mit Blick auf die eigenen Prioritäten wie die Congress-Wahlen im November 2002 die entscheidende Frage, inwieweit die schwierige Ausgangskonstellation durch Kooperation zu bewältigen ist, oder ob wiederum Verzögerung und Konfliktverschärfung aussichtsreichere Strategien bieten.

3. Neue Ausschussvorsitzende im Repräsentantenhaus

Die republikanische Fraktionsversammlung im Repräsentantenhaus hat am 4. Januar 2001 13 neue Ausschussvorsitzende für die neue Legislaturperiode gewählt. Die Entscheidung war notwendig geworden, weil die Republikaner nach ihrem Wahlsieg im Repräsentantenhaus 1994 im Rahmen einer Reihe von institutionellen Reformen die Amtszeit der Ausschussvorsitzenden auf maximal drei Legislaturperioden begrenzt haben (vgl. CR 1/1995, S. 1).

Zwar hatten einige Ausschussvorsitzende wie der Chairman des Judiciary Committee, Henry Hyde (R-Ill.), der 1995 vom damaligen *Speaker* Newt Gingrich bestimmt worden war, um eine Ausnahmeregelung gebeten. Dies wurde jedoch von der Fraktionsführung um Gingrichs Nachfolger J. Dennis Hastert (R-Ill.) kategorisch abgelehnt. Mehr noch: Hastert sprach sich für eine stärkere Transparenz des Wahlmodus zur Bestimmung der Ausschussvorsitzenden aus. Hatte Gingrich die Ausschussvorsitzenden und die Mitglieder der Ausschüsse auf der Basis ihrer Seniorität noch mehr oder weniger autokratisch bestimmt, öffnete Hastert den Auswahlprozess zugunsten eines offenen Bewerbungsverfahrens vor dem sogenannten Steering Committee der Fraktion.

Diesem Ausschuss gehören neben dem Speaker 25 weitere Fraktionsmitglieder an, darunter die gesamte Fraktionsführung (vgl. CR 12/2000, S. 11), die Vorsitzenden des Appropriations, Rules und Ways and Means Committee sowie 14 weitere, vorwiegend nach geographischen Kriterien bestimmte Fraktionsmitglieder.

Folgte das Steering Committee in der Vergangenheit bei der Bestimmung der Ausschussvorsitze im großen und ganzen dem Senioritätsprinzip, wurden nun konkurrierende Kandidaten ermutigt, ihre Bewerbungen einzureichen. So konnte sich für den Ausschussvorsitz des Ways and Means Committee Bill Thomas (R-Cal.) gegenüber Philip M. Crane (Ill.) durchsetzen, obwohl er über 10 Jahre weniger Amtserfahrung verfügt als sein Mitbewerber. Gleiches gilt für das Financial Services Committee, das früher Banking and Financial Services hieß, wo Michael G. Oxley (R-Ohio) gegenüber der dienstälteren Marge Roukema (R-N.J.) gewählt wurde.

Neben Thomas (Ways and Means) und Oxley (Financial Services) wurden vom Steering Committee als neue Ausschussvorsitzende nominiert und von der Republican Conference in getrennten Abstimmungen bestätigt:

- Bob Stump (R-Arizona), Armed Services Committee,
- Jim Nussle (R-Iowa), Budget Committee,
- W.J. "Billy" Tauzin (R-Louisiana), Energy and Commerce Committee,

-
- John A. Boehner (R-Ohio), Committee on Education and the Workforce,
 - F. James Sensenbrenner (R-Wisconsin), Judiciary Committee,
 - Henry J. Hyde (R-Illinois), International Relations Committee,
 - James V. Hansen (R-Utah), Resources Committee,
 - Sherwood L. Boehlert (R-New York), Science Committee,
 - Donald Manzullo (R-Illinois), Small Business Committee,
 - Don Young (R-Alaska), Transportation and Infrastructure Committee,
 - sowie Christopher H. Smith (R-New Jersey), Veterans' Affairs Committee.

Gleichzeitig sprach sich das Repräsentantenhaus am 3. Januar 2001 mit 215:206 Stimmen für eine Reihe organisatorischer (Neu-)Regelungen aus (House Resolution 5). Das Select Intelligence Committee wurde um zwei Sitze, jeweils einen für jede Fraktion, erweitert. Die Zuständigkeit für den Wertpapierhandel und die Versicherungswirtschaft wurde dem Commerce Committee entzogen und dem Financial Services Committee übertragen. Das Verbot des sogenannten „proxy voting“, welches es Ausschussmitgliedern im Falle ihrer Abwesenheit vor 1995 erlaubt hatte, ihre Stimme einem Stellvertreter zu übertragen, wurde beibehalten.

Im Senat einigten sich die beiden Fraktionen, die jeweils über 50 Sitze verfügen (vgl. CR 12/2000, S. 5), am 5. Januar 2001 auf neue Organisationsstrukturen für die 107. Legislaturperiode. Danach

- werden die Ausschüsse zahlenmäßig jeweils gleich besetzt, auch wenn die Republikaner weiterhin die Ausschussvorsitzenden stellen;
- soll das Senatsplenum über die Lesung einer Gesetzesvorlage entscheiden können, wenn im Ausschuss aufgrund eines Stimmenpatts eine Blockade entsteht;
- erhalten Republikaner und Demokraten dieselbe Zahl von Büros und Mitarbeitern.

Inwieweit sich dadurch ein „gridlock“ im Senat vermeiden lässt, wo Vizepräsident Dick Cheney nach den Vorgaben der Verfassung gleichzeitig Präsident des Senats ist und bei Stimmengleichheit Stimmrecht besitzt, bleibt freilich abzuwarten.

4. Breite Zustimmung zu Bushs Kabinettsvorschlägen im Senat

Während die heftigen Kontroversen um einzelne Kabinetts-Kandidaten die Berichterstattung über die Regierungsbildung im Januar 2001 bestimmt haben, findet die große Mehrheit der Nominierungsvorschläge Präsident George W. Bushs breite Zustimmung auch unter den demokratischen Senatoren.

Noch am Abend des 20. Januar 2001 hat der Senat im unmittelbaren Anschluss an die offizielle Amtseinführung des Präsidenten der Ernennung von sieben Mitgliedern des Kabinetts zugestimmt. Dazu gehören Paul O'Neill (*Secretary of the Treasury*), Colin Powell (*Secretary of State*), Donald Rumsfeld (*Secretary of Defense*) sowie Spencer Abraham (*Secretary of Energy*), Donald Evans (*Secretary of Commerce*), Roderick Paige (*Secretary of Education*) und Ann Veneman (*Secretary of Agriculture*).

Mit großem Respekt und Sympathie begegneten die oppositionellen Demokraten vor allem dem neuen Außenminister, General Colin L. Powell, unter Präsident Reagan Nationaler Sicherheitsberater und vier Jahre Vorsitzender der *Joint Chiefs of Staff* unter Bush und Clinton, der als erster schwarzer US Bürger dieses Amt bekleidet. Powell, dessen Popularität ihn zum unangefochtenen Star des neuen Kabinetts macht, gilt als ebenso erfolgreicher wie umsichtiger Pragmatiker, der seine Positionen gegebenenfalls auch gegen den außenpolitisch unerfahrenen Präsidenten vertreten kann.

Geringe Widerstände und eine teilweise bemerkenswert freundliche Aufnahme fanden zudem die Kandidaten für die klassischen Schlüsselressorts Finanzen und Verteidigung sowie für die (für Bushs politisches Programm zentralen) Ministerien für Bildung und Gesundheit und Soziales (*Health and Human Services*). Finanzminister Paul H. O'Neill und Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld verfügen ebenfalls über extensive Erfahrungen in früheren Administrationen und können als pragmatisch-konservative Republikaner ähnlich wie Vizepräsident Cheney mit Anerkennung über die Parteigrenzen hinweg rechnen.

Der designierte *Secretary of Health and Human Services*, Tommy G. Thompson, bisher Gouverneur von Wisconsin, hat sich in den 1990er Jahren einen Namen als reformkonservativer Republikaner gemacht, der das von Bush im Wahlkampf propagierten Leitmotiv eines *compassionate conservatism* personifiziert und glaubwürdig vertreten kann. Zusammen mit der Nominierung von Roderick R. Paige, dem früheren Leiter der Schulaufsichtsbehörde von Houston (Tx.) und zweiten schwarzen Kabinettsmitglied, unterstreicht die Wahl Thompsons, dass Bush in der Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik neue Akzente setzen will.

Die angekündigte Einbindung der Demokraten in das Bush-Kabinett soll die Nominierung Norman Y. Minetas als *Secretary of Transportation* einlösen. Mineta hat in dieser Funktion der Clinton-Administration angehört. Gegen Mineta hat sich auch in der Republikanischen Partei kein Widerstand geregt. Allerdings gilt das Verkehrsministerium nicht als Schlüsselressort.

Die Auseinandersetzungen um Bushs Nominierungsvorschläge zwischen den Parteien und Interessengruppen konzentrier(t)en sich dagegen vor allem auf die zunächst für das Arbeitsministerium nominierte Linda Chavez, den designierten Justizminister und früheren Senator John D. Ashcroft (R-Mo.) sowie Gale A. Norton, die Kandidatin für das für Staatsliegenschaften und Naturparks zuständige *Interior Department*.

Linda Chavez, eine prominente republikanische Parteiaktivistin, stieß insbesondere bei den Gewerkschaften auf heftigen Widerstand. Nachdem in der Presse bekannt wurde, dass sie längere Zeit eine Haushaltshilfe ohne Aufenthaltserlaubnis und geregelten Arbeitsvertrag beschäftigt hatte, rückte Bush schnell von ihrer Nominierung ab. Die anstelle von Chavez vorgeschlagene Elaine Lan Chao, die Frau des republikanischen Senators Mitch McConnell (Ky.), hat bei den Gewerkschaften wie den Demokraten eine überaus positive Resonanz gefunden.

Auf heftige Kritik in den Anhörungen im Senat stieß John Ashcroft, der als Exponent des religiös-konservativen Flügels der Republikanischen Partei bei seinen früheren Kollegen Bedenken hervorrief, ob er in zentralen Fragen der Abtreibungs- und Bürgerrechtspolitik die bestehenden Gesetze vorbehaltlos umsetzen würde. Zudem hatte sich Ashcroft als Senator durch seine zahlreiche Stellungnahmen gegen Nominierungen der Clinton-Administration wenig Sympathien auf demokratischer Seite erworben. Zur Überraschung auch der konservativen Rechten betonte Ashcroft in seiner Anhörung vor dem Justizausschuss jedoch, dass er geltendes Recht ungeachtet seiner eigenen Vorstellungen umsetzen werde und selbst in der umstrittenen Frage des Abtreibungsrechts keine Kampagne für dessen Abschaffung plane.

Mit großer Skepsis begegnen Demokraten und Umweltschutzverbände zudem Gale Norton (Col.), die sich als Mitarbeiterin von James Watts, dem ersten Interior Secretary unter Reagan, und als Advokatin von Industrieinteressen für eine Erleichterung der wirtschaftlichen Nutzung öffentlicher Ländereien in den USA eingesetzt hat. Im Kontext der – weniger kontroversen – Nominierungen des früheren Senators Spencer Abraham (R-Wash.) für das Energieministerium und der Ex-Gouverneurin von New Jersey, Christine Todd Wittman, für die Bundesumweltbehörde (*Environmental Protection Agency*, EPA) zeichnen sich hier grundsätzliche Differenzen um eine industriefreundliche Umweltpolitik ab, obwohl mit Wittman eine Vertreterin des linken Flügels der Republikanischen Partei die Politik der Bush-Administration mitbestimmen wird.

Doch ungeachtet der teilweise heftigen Kritik an Ashcroft und Norton gilt es als sicher, dass alle Kabinetts-Nominierungen vom Senat in den kommenden Tagen bestätigt werden. Eine höhere Zahl von Gegenstimmen wird nur in den kontroversen Fällen erwartet. Obwohl damit das Kabinett alle Flügel der Republikanischen Partei einbindet, bleiben die personellen Qualitäten und der pragmatisch-konservative, an Bushs eigenem Programm orientierte Zuschnitt der Auswahl bestimmend für das Gesamtbild. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass Bushs Kabinett zumindest auf der

Spitzenebene durch den hohen Anteil von Frauen und Minoritäten ähnlich offen und inklusiv wirkt wie die Führungsebene der Administration unter Präsident Clinton.